-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Entschädigungsklage bei überlanger Verfahrensdauer
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

2. Instanz

Aktenzeichen	L 11 SF 116/21 EK SB
Datum	31.08.2022

3. Instanz

Datum	21.03.2024
-------	------------

Â

Auf die Revision der KlÃ¤gerin wird das Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 31.Â August 2022 aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurÃ¼ckverwiesen.

Der Streitwert fÃ¼r das Revisionsverfahren wird auf 1500Â Euro festgesetzt.

G r Ã¼ n d e :

I

1
Die KlÃ¤gerin begehrt vom beklagten Land eine EntschÃ¤digung wegen unangemessener Dauer eines vor dem SG Dortmund (Ausgangsgericht) gefÃ¼hrten Kostenfestsetzungs, Erinnerungs- und Gegenvorstellungsverfahrens.

2

Nach Beendigung eines Klageverfahrens vor dem Ausgangsgericht durch angenommenes Anerkenntnis beantragte die Klägerin am 15.8.2018 gegenüber der dortigen Beklagten die gerichtliche Festsetzung der ihr entstandenen außergerichtlichen Kosten iHv 1556 Euro. Nach wechselseitigen Stellungnahmen der Beteiligten des Ausgangsverfahrens im September und Oktober 2018 erhob die Klägerin am 2.11.2018 Verzögerungsrechte. Mit Kostenfestsetzungsbeschluss vom 13.11.2018 lehnte der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Ausgangsgerichts die Festsetzung der geltend gemachten Kosten ab. Hiergegen legte die Klägerin am 26.11.2018 Erinnerung ein. Nach mehrfachen Sachstandsanfragen der Klägerin teilte das Ausgangsgericht am 8.4.2019 mit, dass nicht absehbar sei, wann eine Entscheidung ergehen werde. Es bat, von weiteren Sachstandsanfragen abzusehen. Nach erneuter Verzögerungsrechte vom 9.10.2019 erhob die Klägerin noch während des Erinnerungsverfahrens am 15.6.2020 beim LSG (Entschädigungsgericht) Entschädigungsklage.

3

Auf Anforderung des Entschädigungsgerichts übersandte das Ausgangsgericht am 7.8.2020 die Akten. Nach Aussetzung des Entschädigungsverfahrens mit Beschluss des Entschädigungsgerichts vom 5.10.2020 erinnerte das Ausgangsgericht am 3.12.2020 und nochmals am 6.4.2021 an deren Rücksendung. Nach Rücklauf der Akten am 15.4.2021 wies es mit Beschluss vom 20.4.2021 die Erinnerung gegen den Kostenfestsetzungsbeschluss zurück. Hiergegen erhob die Klägerin am 11.5.2021 Gegenvorstellung, die das Ausgangsgericht mit Beschluss vom 27.12.2021 als unzulässig verwarf. Dieser Beschluss wurde der Klägerin am 12.1.2022 zugestellt.

4

Das Entschädigungsgericht hat die Entschädigungsklage abgewiesen. Die Verfahrensdauer sei nicht unangemessen gewesen. Die Gesamtdauer von 42 Kalendermonaten umfasse das Kostenfestsetzungs-, Erinnerungs- und Gegenvorstellungsverfahren als einheitliches Gerichtsverfahren. Das Ausgangsverfahren weise sowohl einen unterdurchschnittlichen Schwierigkeitsgrad als auch eine unterdurchschnittliche Bedeutung auf. Es seien insgesamt 17 Kalendermonate der Inaktivität des Ausgangsgerichts festzustellen. Der Zeitraum der Aktenversendung an das Entschädigungsgericht von August 2020 bis April 2021 gehöre hierzu aber nicht. Dem Ausgangsgericht seien als Vorbereitungs- und Bedenkzeit insgesamt 18 Kalendermonate zuzubilligen. Diese setze sich aus drei Monaten für das Kostenfestsetzungs-, zwölf Monaten für das Erinnerungs- und drei Monaten für das Gegenvorstellungsverfahren zusammen. Nach deren Abzug von den Monaten der gerichtlichen Inaktivität verbleibe keine entschädigungspflichtige Überlänge (Urteil vom 31.8.2022).

5

Mit ihrer Revision rügt die Klägerin eine Verletzung von [Art 198](#) Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) und macht Verfahrensmaßregel geltend. Das Entschädigungsgericht habe die Dauer der Verzögerung falsch berechnet und den Begriff der Angemessenheit insbesondere in Bezug auf Schwierigkeit und Bedeutung des Ausgangsverfahrens verkannt. Der Zeitraum der Aktenversendung

an das Entschädigungsgericht sei dem Ausgangsgericht als inaktive Zeit anzulasten. Dieses hätte vor Versendung eine Aktenkopie anfertigen müssen. Die Vorbereitungs- und Bedenkzeit von insgesamt 18 Kalendermonaten sei zu lang bemessen. Zudem liege ein Verstoß gegen das Recht auf ein unabhängiges und unparteiisches Gericht vor, weil der Beklagte im Entschädigungsverfahren von dem Präsidenten des LSG vertreten worden sei. Schließlich habe das Entschädigungsgericht ihren Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt, indem es eine Überraschungsentscheidung getroffen habe.

6
Die Klägerin beantragt sinngemäß,
das Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 31.8.2022 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, ihr wegen unangemessener Dauer des vor dem SG Dortmund unter dem Aktenzeichen S 4 SF 459/18 E geführten Kostenfestsetzungs-, Erinnerungs- und Gegenvorstellungsverfahrens eine Entschädigung iHv 1500 Euro zuzüglich Zinsen hieraus iHv fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz ab Rechtshängigkeit der Entschädigungsklage zu zahlen.

7
Der Beklagte beantragt,
die Revision zurückzuweisen.

8
Er verteidigt das angefochtene Urteil des Entschädigungsgerichts.

II

9
Die zulässige Revision der Klägerin ist im Sinne der Aufhebung und Zurückverweisung begründet ([§ 170 Abs 2 Satz 2 SGG](#)). Die Entschädigungsklage ist zulässig; der Senat kann aber mangels ausreichender tatsächlicher Feststellungen des Entschädigungsgerichts nicht abschließend entscheiden, ob und in welchem Umfang der Klägerin ein Entschädigungsanspruch zusteht.

10
A. Gegenstand des Revisionsverfahrens ist das Urteil des Entschädigungsgerichts, mit dem es den von der Klägerin geltend gemachten Anspruch auf Geldentschädigung iHv 1500 Euro wegen überlanger Dauer des vor dem Ausgangsgericht geführten Kostenfestsetzungs-, Erinnerungs- und Gegenvorstellungsverfahrens verneint hat.

11
Zu Recht ist das Entschädigungsgericht davon ausgegangen, dass es sich beim sozialgerichtlichen Kostenfestsetzungs- und Erinnerungsverfahren ([§ 197 Abs 1 und 2 SGG](#)) um ein eigenständiges Gerichtsverfahren iS von [§ 198 Abs 1 Satz 1](#) iVm Abs 6 Nr 1 Halbsatz 1 GVG handelt (BSG Urteil vom 10.7.2014

â□□Â BÂ 10Â Ã□G 8/13Â RÂ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 2 RdNrÂ 16Â ff; ebenso BVerwG Urteil vom 26.2.2021 Â 5Â C 15.19Â DÂ [BVerwGEÂ 171, 388](#) = Buchholz 300 [Â§Â 198 GVG NrÂ 11](#) Â juris RdNrÂ 8 fÃ¼r das verwaltungsgerichtliche Kostenfestsetzungs- und Erinnerungsverfahren). Zudem hat das EntschÃ¤digungsgericht zutreffend erkannt, dass das anschlieÃ¼ende Verfahren Ã¼ber die (gesetzlich nicht ausdrÃ¼cklich geregelte) Gegenvorstellung (allgemein zur Frage der Statthaftigkeit einer Gegenvorstellung nach EinfÃ¼hrung der AnhÃ¶rungsÃ¼ge zum 1.1.2005 durch das AnhÃ¶rungsÃ¼gegengesetz vom 9.12.2004 [vgl BSG Beschluss vom 28.9.2017 â□□Â BÂ 10Â Ã□G 17/17Â CÂ â□□ juris RdNrÂ 9; BSG Beschluss vom 29.6.2022 â□□Â BÂ 5Â R 61/22Â ARÂ â□□ juris RdNrÂ 7; BSG Beschluss vom 12.6.2023 â□□Â BÂ 4Â AS 51/23Â CÂ â□□ juris RdNrÂ 5, jeweils mwN\) zwar kein eigenstÃ¤ndiges Gerichtsverfahren ist, dem \[Kostenfestsetzungs- und Erinnerungsverfahren jedoch entschÃ¤digungsrechtlich als Annexverfahren zuzuordnen und somit entschÃ¤digungsrechtlich Teil eines einheitlichen Gerichtsverfahrens iS des Â§Â 198 AbsÂ 6 NrÂ 1 HalbsatzÂ 1 GVG ist \\(vgl BFH Urteil vom 20.3.2019 Â XÂ K 4/18Â BFHEÂ 263, 498 Â juris RdNrÂ 36, 77; BGH Urteil vom 13.4.2017 Â IIIÂ ZR 277/16Â juris RdNrÂ 13; zur AnhÃ¶rungsÃ¼ge bereits BSG Urteil vom 10.7.2014 aaO RdNrÂ 14; BGH Urteil vom 13.4.2017 aaO RdNr 12; BGH Urteil vom 21.5.2014 Â IIIÂ ZR 355/13Â juris RdNrÂ 10, 12\\).\]\(#\)](#)

12

B.Â Das beklagte Land ist im EntschÃ¤digungsklageverfahren wirksam durch den PrÃ¤sidenten des LSG vertreten worden. Die Ã¼bertragung der Vertretung des beklagten Bundeslandes auf den PrÃ¤sidenten des LSG im Erlasswege ist grundsÃ¤tzlich nicht zu beanstanden (dazu unterÂ 1.). Der Anspruch der KlÃ¤gerin auf ein unabhÃ¤ngiges und unparteiisches Gericht iS des ArtÂ 6 AbsÂ 1 SatzÂ 1 EuropÃ¤ische Menschenrechtskonvention (EMRK) wird durch diese Vertretungsregelung nicht verletzt (dazu unterÂ 2.).

13

1.Â Richtiger Beklagter ist das Land Nordrhein-Westfalen (vgl [Â§Â 200 SatzÂ 1 GVG](#)). ZustÃ¤ndiges Gericht fÃ¼r die EntschÃ¤digungsklage ist das LSG Nordrhein-Westfalen ([Â§Â 202 SatzÂ 2 SGG](#) iVm [Â§Â 201 AbsÂ 1 SatzÂ 1 GVG](#)). Dennoch war die Ã¼bertragung der Vertretung in EntschÃ¤digungssachen wegen Ã¼berlanger Verfahrensdauer auf den PrÃ¤sidenten des LSG zulÃ¤ssig. Sie konnte auch im Erlasswege (AbschnittÂ A Nr.Â I 1.Â BuchstÂ d der Anordnung Ã¼ber die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen im GeschÃ¤ftsbereich des Justizministeriums [Vertretungsordnung JM NRW, AV d JM NRW vom 27.7.2011, JM BI NRW 2011 SÂ 232 Â 5002Â Z.10Â idF vom 18.6.2013, JM BI NRW 2013 SÂ 148]), also durch eine Verwaltungsanweisung erfolgen. Bei der Ã¼bertragung der Vertretung handelt es sich nicht um eine wesentliche Organisationsentscheidung, die zwingend durch Parlamentsgesetz hÃ¤tte getroffen werden mÃ¼ssen (vgl BSG Urteil vom 3.9.2014 Â BÂ 10Â Ã□G 2/13Â RÂ [BSGEÂ 117, 21](#) =Â SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 3, RdNrÂ 18; BSG Urteil vom 3.9.2014 Â BÂ 10Â Ã□G 12/13Â RÂ SozR 41720 Â§Â 198 NrÂ 4 RdNrÂ 19).

14

2.Â Ob eine solche Vertretungsregelung auch der Intention des Gesetzes Ã¼ber den

Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren (Art 6 GG) entspricht, lässt der Senat offen (vgl bereits BSG Urteil vom 3.9.2014 aaO). Der Einwand der Klägerin, dass ihr Anspruch auf ein unabhängiges und unparteiisches Gericht iS von Art 6 Abs 1 Satz 1 EMRK verletzt sei, weil der Beklagte im Entschädigungsverfahren vor dem LSG von dessen Präsidenten vertreten worden ist und die zur Entscheidung berufenen Richter diesem Gericht angehören, greift jedenfalls nicht durch.

15

Art 6 Abs 1 EMRK verpflichtet die Vertragsstaaten, ihr Justizsystem so zu organisieren, dass ihre Gerichte neben dem Anspruch auf Rechtsschutz in angemessener Zeit allen Erfordernissen dieses Artikels gerecht werden (EGMR Urteil vom 31.7.2003 [57249/00](#) juris RdNr 48 mwN; BSG Urteil vom 24.3.2022 [10 B 10 G 2/20](#) R BSGE 134, 18 = SozR 41720 [§ 198 Nr 22](#), RdNr 44). Dies bezieht die Entscheidungsfindung durch ein unabhängiges und unparteiisches staatliches Gericht worauf die Revision zu Recht hinweist mit ein. Dabei umfasst der Begriff „Gericht“ auch den zur Entscheidung berufenen Spruchkörper (Harrendorf/König/Voigt in Meyer-Ladewig/Nettesheim/von Raumer, EMRK, 5. Aufl 2023, Art 6 RdNr 62).

16

Die Einhaltung dieser Anforderungen wird in Deutschland durch Art 97 Abs 1 GG sichergestellt. Danach sind Richter unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Damit ist (auch) die sachliche und persönliche Unabhängigkeit der im Entschädigungsverfahren zur Entscheidung berufenen Richter gewährleistet. Die dem Präsidenten obliegende Dienstaufsicht über die Richter erstreckt sich allein auf die äußere Wahrnehmung der dienstlichen Aufgaben, nicht aber auf die Ausübung der den Richtern in voller Unabhängigkeit anvertrauten rechtsprechenden Gewalt (vgl [§ 26](#) Deutsches Richtergesetz; s hierzu auch BGH Dienstgericht des Bundes Urteil vom 15.11.2007 [RiZ 4/07](#) juris RdNr 29 f mwN). Unbegründet ist ferner die von der Klägerin pauschal geäußerte Befürchtung, die Richter des Entschädigungsgerichts könnten schon wegen der dem Präsidenten dieses Gerichts eröffneten Möglichkeit, Einfluss auf ihr berufliches Fortkommen zu nehmen, nicht frei entscheiden. Soweit der Präsident einen derartigen Einfluss überhaupt ausüben kann, geschieht dies in dem formalisierten Verfahren der dienstlichen Beurteilung. Eine negative Beurteilung im Hinblick auf dem Präsidenten persönlich unliebsame Entscheidungen wäre unzulässig und würde einer gerichtlichen Kontrolle nicht standhalten (vgl BVerwG Beschluss vom 9.5.2003 [2 AV 1/03](#) ua juris RdNr 5). Allein um den bloßen Schein einer möglichen Einflussnahme für Entschädigungskläger zu vermeiden, wäre allerdings eine Übertragung der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in sozialgerichtlichen Entschädigungsverfahren auf eine Stelle außerhalb der Sozialgerichtsbarkeit wie in anderen Bundesländern empfehlenswert.

17

Im Übrigen ist auch nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) allein der Umstand, dass die Legislative oder die Exekutive im Verfahren der

Ernennung eines Richters txtig werden, nicht geeignet, eine Abhngigkeit dieses Richters ihnen gegenber zu schaffen oder Zweifel an seiner Unparteilichkeit aufkommen zu lassen, wenn der Betroffene nach seiner Ernennung bei seinen Entscheidungen keinerlei Druck ausgesetzt ist und bei der Ausbung seines Amtes keinen Weisungen unterliegt (EuGH Urteil vom 9.7.2020 C272/19 juris RdNr 54 mwN).

18

C. Die Entschdigungsklage ist zulssig. Sie ist als allgemeine Leistungsklage nach [54 Abs 5 SGG](#) statthaft (stRspr; zB BSG Urteil vom 9.3.2023 B 10 G 2/21 R SozR 41720 198 Nr 23 RdNr 15 mwN). Die Wartefrist des [198 Abs 5 Satz 1 GVG](#) fr die Erhebung der Entschdigungsklage von sechs Monaten nach Erhebung der Verzgerungsge vom 9.10.2019 ist gewahrt. Unschdlich ist, dass die Klgerin die Entschdigungsklage bereits am 15.6.2020 erhoben hat und das Kostenfestsetzungs- und Erinnerungsverfahren zu diesem Zeitpunkt noch nicht rechtskrftig abgeschlossen war. Denn die Erhebung der Klage kann nach Ablauf der Wartefrist und vor Abschluss des Ausgangsverfahrens erfolgen (vgl [198 Abs 5 Satz 2 GVG](#); s hierzu BSG Urteil vom 9.3.2023 B 10 G 2/21 R SozR 41720 198 Nr 23 RdNr 23 mwN). Solange das Ausgangsverfahren noch andauert, kann das Entschdigungsgericht das Entschdigungsklageverfahren aussetzen ([201 Abs 3 Satz 1 GVG](#)). Hiervon hat das Entschdigungsgericht mit Beschluss vom 5.10.2020 Gebrauch gemacht.

19

D. Der Senat kann jedoch nicht abschlieend entscheiden, ob und falls ja, in welcher Hhe der Klgerin ein Anspruch auf Geldentschdigung zusteht oder ob eine Wiedergutmachung auf andere Weise ausreichend ist. Das Entschdigungsgericht hat den Umfang der inaktiven Zeiten der Prozessfhrung des Ausgangsgerichts sowie die diesem zur Verfgung stehende Vorbereitungs- und Bedenkzeit teilweise verkannt und davon ausgehend nicht alle Umstnde des Einzelfalls bei seiner Gesamtabwgung bercksichtigt. Es ist daher im Ergebnis zu Unrecht davon ausgegangen, das Ausgangsverfahren sei nicht von unangemessener Dauer gewesen. Davon ausgehend konsequent hat es weder einen (hier gem [202 Satz 2 SGG](#) iVm [198 Abs 2 Satz 1 GVG](#) zu vermutenden) Nicht-Vermgensnachteil der Klgerin infolge der berlnge angenommen noch weitere Feststellungen hierzu getroffen.

20

Ob und falls ja in welcher Hhe die Klgerin einen Anspruch auf Entschdigung in Geld hat oder ob nach den Umstnden des Einzelfalls eine Wiedergutmachung auf andere Weise ausreichend ist, kann der Senat nicht abschlieend entscheiden. Fr das Kostenfestsetzungsverfahren steht ihr jedoch schon mangels wirksamer Verzgerungsge keine Entschdigung in Geld zu (dazu unter 1.). Das Erinnerungsverfahren mit nachfolgender Gegenvorstellung war entgegen der Auffassung des Entschdigungsgerichts unangemessen lang. Es weist eine entschdigungspflichtige berlnge von elf Kalendermonaten auf (dazu unter 2.). Die Feststellungen des Entschdigungsgerichts ermglichen dem

Senat jedoch keine abschließende Entscheidung, in welchem Umfang der von der Klägerin geltend gemachte Entschädigungsanspruch besteht. Das Entschädigungsgericht hat von seinem Rechtsstandpunkt aus folgerichtig die hierfür notwendigen Umstände des Einzelfalls weder festgestellt noch abgewogen und gewürdigt. Dies wird es im wieder eröffneten Entschädigungsklageverfahren nachholen müssen (dazu unten 3.).

21

1. Für das Kostenfestsetzungsverfahren liegt bereits keine wirksame Verzögerung der Klägerin vor.

22

Eine Entschädigung in Geld erhält ein Verfahrensbeteiligter nach [§ 198 Abs 3 Satz 1 GVG](#) nur, wenn er bei dem Ausgangsgericht die Dauer des Verfahrens gerügt hat. Die Verzögerung kann erst erhoben werden, wenn Anlass zur Besorgnis besteht, dass das Verfahren nicht in angemessener Zeit abgeschlossen wird ([§ 198 Abs 3 Satz 2 Halbsatz 1 GVG](#)). Dies beschreibt den frühesten Zeitpunkt, zu dem eine Verzögerung (wirksam) erhoben werden kann. Damit soll der Gefahr entgegengewirkt werden, dass eine Verzögerung formal schon im Anfangsstadium eines Prozesses höchst vorsorglich eingelegt wird (Begründung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung vom 17.11.2010 zum [ÄGG](#), [BT-Drucks 17/3802 SA 20](#) zu Abs 3 Satz 2). Die „Besorgnis“ der Verzögerung ist von [§ 198 Abs 3 Satz 2 Halbsatz 1 GVG](#) ist (erst) gerechtfertigt, wenn ein Verfahrensbeteiligter ([§ 198 Abs 6 Nr 2 GVG](#)) Anhaltspunkte dafür hat, dass das Verfahren keinen angemessenen zügigen Fortgang nimmt, sich also die konkrete Möglichkeit einer Verzögerung abzeichnet (BSG Urteil vom 9.3.2023 – B 10 – [ÄGG 2/21](#) – R. SozR 41720 – [§ 198 Nr 23 RdNr 28](#); BSG Urteil vom 27.3.2020 – B 10 – [ÄGG 4/19](#) – R. SozR 41720 – [§ 198 Nr 19 RdNr 44 mwN](#)). Grundlage dieser Prognose haben danach objektive Umstände zu sein, die bei einer ex ante Betrachtung aus der Sicht eines verständigen Ratgebers im konkreten Einzelfall eine überlange Verfahrensdauer hinreichend wahrscheinlich erscheinen lassen (BSG Urteil vom 9.3.2023, aaO [RdNr 28](#); BVerwG Urteil vom 12.7.2018 – [2 A WA 1.17](#) – D. [juris RdNr 22](#)). Eine im Ausgangsverfahren zu früh erhobene Verzögerung entfaltet keine entschädigungsrechtlichen Folgewirkungen und geht ins Leere (BSG Urteil vom 9.3.2023, aaO [RdNr 28](#); BSG Urteil vom 17.12.2020 – B 10 – [ÄGG 1/19](#) – R. [BSGE 131, 153](#) – SozR 41720 – [§ 198 Nr 20](#), [RdNr 32](#)).

23

Nach diesen Umständen lag zum Zeitpunkt der von der Klägerin am 2.11.2018 erhobenen Verzögerung noch keine [§ 198 Abs 3 Satz 2 Halbsatz 1 GVG](#) vor. Objektive Anhaltspunkte für eine gerichtliche Inaktivität und damit für eine Besorgnis, das Verfahren werde nicht in angemessener Zeit abgeschlossen, bestanden aus der ex ante Perspektive eines verständigen Ratgebers nicht. Zum Zeitpunkt der erhobenen Verzögerung dauerte das im August 2018 eingeleitete Kostenfestsetzungsverfahren weniger als drei Monate. Zudem waren die Monate

September und Oktober 2018 mit wechselseitigen Stellungnahmen der dortigen Verfahrensbeteiligten belegt und knnen somit dem Ausgangsgericht ebenso wenig wie der Monat der Antragstellung (August 2018) als Verzgerungszeiten angelastet werden (vgl BSG Urteil vom 24.3.2022 - B 10 - S. 2/20 - R BSGE 134, 18 = SozR 41720 - S. 198 Nr. 22, RdNr. 30).

24

2. Das anschließende Erinnerungsverfahren mit nachfolgender Gegenvorstellung war unangemessen lang. Die Klgerin hat hier auch wirksam Verzgerungsrechte erhoben (dazu unter a). Ausgehend von der stndigen Rechtsprechung des BSG zur Prfung der Angemessenheit der Dauer eines sozialgerichtlichen Verfahrens (dazu unter b) weist das Ausgangsverfahren eine Gesamtdauer von 42 Kalendermonaten (dazu unter c) und eine Inaktivittszeit des Ausgangsgerichts von 23 Kalendermonaten auf (dazu unter d). Bei einer dem Ausgangsgericht verfahrensbergreifend zuzubilligenden Vorbereitungs- und Bedenkzeit von zwlf Kalendermonaten verbleibt eine entschdigungspflichtige berlnge von elf Kalendermonaten. In diesem Umfang hat die Dauer des Ausgangsverfahrens die berste Grenze des Angemessenen berschritten und das Recht der Klgerin auf Rechtsschutz in angemessener Zeit verletzt (dazu unter e).

25

a) Die Klgerin hat im Erinnerungsverfahren mit Schriftsatz vom 9.10.2019 wirksam Verzgerungsrechte erhoben. Zu diesem Zeitpunkt bestand hinreichende Besorgnis einer Verzgerung des Verfahrens ([198 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 GVG](#)). Die Klgerin hatte bereits im November 2018 die Erinnerung eingelegt. Zudem hatte ihr das Ausgangsgericht mit Schreiben vom 8.4.2019 mitgeteilt, dass unklar sei, wann mit einer Entscheidung gerechnet werden knne, und berdies gebeten, von weiteren Sachstandsanfragen abzusehen.

26

Unabhngig davon, dass die von der Klgerin im Kostenfestsetzungsverfahren gegenüber dem hierfr zustndigen Urkundsbeamten der Geschftsstelle ([197 Abs. 1 SGG](#)) zu frh erhobene Verzgerungsrechte unwirksam war und keine entschdigungsrechtlichen Folgewirkungen mehr entfaltet, ergibt sich die Notwendigkeit der (nochmaligen) Erhebung einer Verzgerungsrechte im Erinnerungsverfahren gegenüber dem hierfr nunmehr zustndigen Richter ([197 Abs. 2 SGG](#)) aus [198 Abs. 3 Satz 5 GVG](#). Danach ist eine Verzgerungsrechte immer dann erforderlich, wenn sich das Verfahren bei einem anderen Gericht weiter verzgert (vgl BSG Urteil vom 24.3.2022 - B 10 - S. 4/21 - R BSGE 134, 32 = SozR 41720 - S. 198 Nr. 21, RdNr. 25). Ein anderes Gericht im Sinne dieser Bestimmung ist nicht nur ein hheres Gericht im Instanzenzug, sondern kann auch ein anderer Spruchkrper des Ausgangsgerichts sein (vgl Begrndung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung vom 17.11.2010 zum GG, [BT-Drucks 17/3802 S. 21](#) zu Satz 5; Ott in Steinbeil-Winkelmann/Ott, Rechtsschutz bei berlangen Gerichtsverfahren, 2013, [GVG 198](#) RdNr. 205). Die mit der Verzgerungsrechte bezweckte Warn- und Beschleunigungsfunktion kann nur

dann hinreichend zum Tragen kommen, wenn sie unmittelbar gegenüber dem jeweils zuständigen Spruchkörper des Gerichts erhoben wird, der das Ausgangsverfahren zu bearbeiten und zu entscheiden hat (vgl BSG Urteil vom 27.3.2020 – B 10 – G 4/19 – SozR 41720 – § 198 Nr 19 RdNr 27 mwN).

27

b) Die Angemessenheit der Dauer eines sozialgerichtlichen Verfahrens ist nach ständiger Rechtsprechung des BSG in drei Schritten zu prüfen (vgl zB BSG Urteil vom 26.10.2023 – B 10 – G 1/22 – zur Veröffentlichung in SozR vorgesehen – juris RdNr 28; BSG Urteil vom 24.3.2022 – B 10 – G 4/21 – [BSGE 134, 32](#) – SozR 41720 – § 198 Nr 21, RdNr 15 ff; BSG Urteil vom 7.9.2017 – B 10 – G 1/16 – [BSGE 124, 136](#) – SozR 41720 – § 198 Nr 16, RdNr 30 ff). Die maßgebliche Zeiteinheit ist hierbei der Kalendermonat. Den Ausgangspunkt und ersten Schritt der Angemessenheitsprüfung bildet die in [§ 198 Abs 6 Nr 1 Halbsatz 1 GVG](#) definierte Gesamtdauer des Gerichtsverfahrens von der Einleitung bis zum rechtskräftigen Abschluss. In einem zweiten Schritt ist der Ablauf des Verfahrens insbesondere an den in [§ 198 Abs 1 Satz 2 GVG](#) genannten Kriterien zu messen. Maßgeblich zu berücksichtigen ist dabei auch die Prozessführung des Ausgangsgerichts als ungeschriebenes Kriterium. Auf dieser Grundlage ergibt schließlich in einem dritten Schritt die wertende Gesamtbetrachtung und Abwägung aller Einzelfallumstände unter Berücksichtigung einer angemessenen Vorbereitungs- und Bedenkzeit des Ausgangsgerichts, ob die Verfahrensdauer die äußerste Grenze des Angemessenen deutlich überschritten und deshalb das Recht des Klägers auf Rechtsschutz in angemessener Zeit verletzt hat.

28

Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Verfahrensdauer hat das Entschädigungsgericht einen erheblichen tatrichterlichen Beurteilungsspielraum. Das BSG als Revisionsgericht ist darauf beschränkt zu überprüfen, ob das Entschädigungsgericht den rechtlichen Rahmen zutreffend erkannt und ihn ausfüllend alle erforderlichen Tatsachen festgestellt und angemessen berücksichtigt hat, ohne Denkgesetze oder allgemeine Erfahrungssätze zu verletzen oder gegen seine Amtsermittlungspflicht zu verstoßen (BSG Urteil vom 26.10.2023 – B 10 – G 1/22 – zur Veröffentlichung in SozR vorgesehen – juris RdNr 28; BSG Urteil vom 3.9.2014 – B 10 – G 2/13 – [BSGE 117, 21](#) – SozR 41720 – § 198 Nr 3, RdNr 26; vgl auch BGH Urteil vom 15.12.2022 – III – ZR 192/21 – [BGHZ 236, 10](#) – juris RdNr 31).

29

c) Ausgehend von diesen Maßstäben hat das Entschädigungsgericht die Gesamtdauer des Ausgangsverfahrens im ersten Schritt der Angemessenheitsprüfung zutreffend mit 42 Kalendermonaten ermittelt.

30

Der Zeitraum ab Eingang der Kostenfestsetzungsanträge der Klägerin und der dortigen Beklagten im August 2018 bis zur Zustellung des Beschlusses über die Gegenvorstellung an den Prozessbevollmächtigten der Klägerin im Januar 2022

umfasst 42 Kalendermonate (vgl. [Â§ 196 Abs 6 Nr 1 Halbsatz 1 GVG](#)). Dabei hat das Entschädigungsgericht bei der Bestimmung der Gesamtdauer des Ausgangsverfahrens zu Recht auch den Monat miteinbezogen, in dem der Antrag auf Kostenfestsetzung beim Ausgangsgericht einging, und den Monat, in dem das Ausgangsverfahren mit der Zustellung des Beschlusses über die Gegenvorstellung abgeschlossen wurde. Diese Monate der Einleitung und des Abschlusses des Ausgangsverfahrens sind bei der Ermittlung der Gesamtdauer eines sozialgerichtlichen Ausgangsverfahrens stets mitzubetrachten (vgl. BSG Urteil vom 24.3.2022 – B 10 – G 2/20 – R BSGE 134, 18 = SozR 41720 – § 198 Nr 22, RdNr 21; BSG Urteil vom 24.3.2022 – B 10 – G 4/21 – R BSGE 134, 32 = SozR 41720 – § 198 Nr 21, RdNr 16). Sofern der Senat in früheren Entscheidungen diese Monate bei der Verfahrenslaufzeit nicht einbezogen hat (zB BSG Urteil vom 12.12.2019 – B 10 – G 3/19 – R SozR 41720 – § 198 Nr 18 RdNr 32), hält er hieran nicht mehr fest (vgl. bereits BSG Beschlusse vom 2.2.2024 – B 10 – G 3/23 – B und B 10 – G 4/23 – B jeweils juris RdNr 11).

31

d) Entgegen der Ansicht des Entschädigungsgerichts sind dem Ausgangsgericht nach Maßgabe des [§ 198 Abs 1 Satz 2 GVG](#) unter Berücksichtigung der dort ausdrücklich genannten Kriterien und der Prozessführung des Ausgangsgerichts (als ungeschriebenes Kriterium) im Rahmen des zweiten Schritts der Angemessenheitsprüfung 23 statt 17 Kalendermonate gerichtlicher Inaktivität anzulasten.

32

Zutreffend ist das Entschädigungsgericht von einer nur untergeordneten Bedeutung (dazu unter aa) und einem eher geringen Schwierigkeitsgrad (dazu unter bb) des Ausgangsverfahrens ausgegangen. Zu den vom Entschädigungsgericht festgestellten und zwischen den Beteiligten zu Recht nicht streitigen 15 Kalendermonaten der Inaktivität des Ausgangsgerichts im Erinnerungsverfahren sind jedoch weitere sechs Monate hinzuzurechnen, in denen das Ausgangsgericht die Verfahrensakten dem Entschädigungsgericht auf dessen Anforderung wegen des von der Klägerin anhängig gemachten Entschädigungsklageverfahrens übersandt hatte (dazu unter cc). Zu Recht hat das Entschädigungsgericht hingegen im Verfahren der Gegenvorstellung zwei weitere Monate der Inaktivität des Ausgangsgerichts festgestellt (dazu unter dd).

33

aa) Nachvollziehbar hat das Entschädigungsgericht dem Ausgangsverfahren insgesamt nur eine untergeordnete Bedeutung beigemessen. Das BSG und das BVerfG haben bereits entschieden, dass Verfahren der Kostenfestsetzung und -erinnerung für die Beteiligten regelmäßig nur von untergeordneter Bedeutung sind (vgl. BSG Urteil vom 12.12.2019 – B 10 – G 3/19 – R SozR 41720 – § 198 Nr 18 RdNr 41; BSG Urteil vom 10.7.2014 – B 10 – G 8/13 – R SozR 41720 – § 198 Nr 2 RdNr 31-33; BVerfG Beschluss vom 11.12.2023 – 2 BvR 739/17 – Vz 5/23 – juris RdNr 77). In materieller Hinsicht kann die Dauer des Verfahrens den Antragsteller in gewisser Weise sogar günstig stellen, weil sein Kostenerstattungsanspruch ab Eingang des

Festsetzungsantrags iHv fÃ¼nf Prozentpunkten Ã¼ber dem Basiszinssatz verzinst wird ([Ã§ 197 Abs 1 Satz 2 SGG](#) iVm [Ã§ 104 Abs 1 Satz 2 ZPO](#); vgl BVerfG aaO). Zwar kommt auch in Verfahren der Kostenfestsetzung ein immaterieller Nachteil in Betracht (vgl BVerfG aaO; OLG ZweibrÃ¼cken Urteil vom 26.1.2017 [Ã 6 SchH 1/16](#) EntV juris RdNr 25 mwN). Eine besondere durch die VerfahrensverzÃ¶gerung bewirkte immaterielle Belastung der KlÃ¤gerin ist jedoch weder von ihr dargelegt worden noch ersichtlich. Zwar fÃ¼hrt das EntschÃ¤digungsgericht aus, dass der geltend gemachte Kostenansatz fÃ¼r die KlÃ¤gerin der HÃ¶he nach ânicht unbedeutendâ gewesen sei. Die KlÃ¤gerin trÃ¤gt aber selbst vor, dass die im Kostenfestsetzungs- und Erinnerungsverfahren geltend gemachten Kosten von ihr bereits âverauslagtâ worden waren. Da der KlÃ¤gerin insoweit offenbar hinreichend eigene Mittel zur VerfÃ¼gung gestanden hatten, ist auch nach den weiteren Feststellungen des EntschÃ¤digungsgerichts nicht ersichtlich, dass sich der Zeitablauf des Ausgangsverfahrens wesentlich nachteilig auf ihre geschÃ¤tzten Interessen ausgewirkt hat. Dass die KlÃ¤gerin etwa VollstreckungsmaÃnahmen wegen der geltend gemachten Kosten seitens Dritter zu befÃ¼rchten hatte, hat sie weder behauptet noch das EntschÃ¤digungsgericht festgestellt.

34

bb) Ebenso nachvollziehbar ist das EntschÃ¤digungsgericht von einem nur geringen Schwierigkeitsgrad des Ausgangsverfahrens ausgegangen. Den vom EntschÃ¤digungsgericht angenommenen âunterdurchschnittlichen, nicht gÃ¤nzlich geringfÃ¼gigen Schwierigkeitsgradâ stellt die KlÃ¤gerin zwar insoweit in Abrede, als sie meint, das Ausgangsverfahren sei sogar âÃuÃerst einfachâ gelagert gewesen. Der umfangreiche Vortrag der KlÃ¤gerin und die verschiedenen zwischen den Beteiligten des Ausgangsverfahrens strittigen Kostenpositionen rechtfertigen jedoch noch die Annahme des EntschÃ¤digungsgerichts eines unterdurchschnittlichen, aber nicht ganz einfachen Schwierigkeitsgrads.

35

cc) Zu den vom EntschÃ¤digungsgericht festgestellten 15 Kalendermonaten (MÃ¤rz und April 2019 ; Juli bis Dezember 2019 ; Januar bis Juli 2020) der InaktivitÃ¤t des Ausgangsgerichts im Erinnerungsverfahren sind weitere sechs Monate (September bis November 2020 und Januar bis MÃ¤rz 2021) hinzuzurechnen, in denen die Verfahrensakten vom Ausgangsgericht dem EntschÃ¤digungsgericht auf dessen Anforderung wegen des von der KlÃ¤gerin anhangig gemachten EntschÃ¤digungsklageverfahrens Ã¼bersandt worden waren.

36

GrundsÃ¤tzlich besteht eine Pflicht des Ausgangsgerichts zu einer stringenten und beschleunigten Verfahrensgestaltung (BSG Urteil vom 3.9.2014 [Ã BÃ 10Ã Ã G 12/13 RÃ SozR 41720 Ã§ 198 Nr 4 RdNr 49](#)). Das BSG hat bereits entschieden, dass Zeiten, in denen ein Gericht auf angeforderte Akten wartet, in der Regel nicht als entschÃ¤digungsrelevante InaktivitÃ¤tszeiten zu werten sind, falls nicht das Gebot der Verfahrensbeschleunigung ausnahmsweise bereits vorher verfahrensfÃ¶rdernde MaÃnahmen gebietet (BSG Urteil vom 7.9.2017

Â BÂ 10Â Ã G 1/16Â RÂ [BSGEÂ 124, 136](#) =Â SozR 41720 Â SÂ 198 NrÂ 16, RdNrÂ 47). Denn mit zunehmender Dauer eines Verfahrens verdichtet sich die mit dem JustizgewÃhrleistungsanspruch (ArtÂ 19 AbsÂ 4 GG, ArtÂ 6 AbsÂ 1 SatzÂ 1 EMRK) verbundene Pflicht des Gerichts, sich nachhaltig um die Beschleunigung des Verfahrens und dessen Beendigung zu bemÃ¼hen (BVerfG Beschluss vom 14.12.2010 Â [1Â BvR 404/10](#)Â juris RdNrÂ 11 mwN). Entsprechendes gilt, wenn Â wie hierÂ vom Ausgangsgericht die Verfahrensakte an ein anderes Gericht Ã¼bersandt worden sind. Bei lÃ¤ngerer Verfahrensdauer kann daher unter BerÃ¼cksichtigung der Bedeutung des Gerichtsverfahrens vor der Versendung zur Vermeidung einer weiteren VerzÃ¶gerung die Anfertigung von Zweitakten geboten sein (vgl BVerfG Beschluss vom 10.1.2023 Â [1Â BvR 1346/22](#)Â uaÂ juris RdNrÂ 14; BVerfG Beschluss vom 30.7.2019 Â [1Â BvR 2662/06](#)Â juris RdNrÂ 30; BFH Urteil vom 8.10.2019 â GÂ [XÂ K 1/19](#)Â â juris RdNrÂ 49; OLG Hamm Urteil vom 21.10.2022 Â [IÂ 11 EK 6/21](#)Â juris RdNrÂ 164; LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 26.4.2018 Â [LÂ 37Â SF 38/17Â EKÂ AS](#)Â juris RdNrÂ 62; vgl auch Ott in Steinbeil-Winkelmann/Ott, Rechtsschutz bei Ã¼berlangen Gerichtsverfahren, 2013, [GVG Â SÂ 198](#) RdNrÂ 253). Ob dies erforderlich ist, richtet sich danach, wie das Ausgangsgericht die Sach- und Rechtslage aus einer ex ante Sicht einschÃtzen durfte (BSG Urteil vom 7.9.2017 Â BÂ 10Â Ã G 1/16Â RÂ [BSGEÂ 124, 136](#) =Â SozR 41720 Â SÂ 198 NrÂ 16, RdNrÂ 47).

37

Die Anwendung dieser Maßstäbe auf den vorliegenden Fall ergibt, dass sich das Ausgangsgericht wÃhrend der Zeit der AktenÃ¼bersendung an das EntschÃdigungsgericht die Monate von September bis November 2020 und von Januar bis MÃrz 2021 als Zeiten der InaktivitÃt zurechnen lassen muss. Denn zum Zeitpunkt der Aktenanforderung durch das EntschÃdigungsgericht im August 2020 wÃre es geboten gewesen, entweder Ã¼ber die Erinnerung der KlÃgerin zu entscheiden oder zumindest eine Zweitakte zur weiteren Bearbeitung und zeitnahen Entscheidung anzulegen. Das Ausgangsverfahren hatte nach den Feststellungen des EntschÃdigungsgerichts nur einen geringen Schwierigkeitsgrad. Bei einem derart rechtlich eher einfach gelagerten Verfahren hatte sich die Pflicht des Ausgangsgerichts zur FÃhrung des Verfahrens nach 22Â Monaten Laufzeit und 15Â Monaten InaktivitÃt selbst bei einer insgesamt nur untergeordneten Bedeutung im August 2020 bereits so stark verdichtet, dass entweder vor der Aktenversendung eine Entscheidung zu treffen oder zur zeitnahen Bearbeitung und Erledigung des Verfahrens die Anfertigung einer Zweitakte geboten war. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass bereits vor Abgabe der Akten von der KlÃgerin im Oktober 2019 wirksam VerzÃ¶gerungsgrÃnde erhoben und Ã¼berdies sogar schon beim LSG Â wie fÃr das Ausgangsgericht durch die Aktenanforderung ersichtlichÂ â EntschÃdigungsklage wegen Ã¼berlanger Verfahrensdauer eingereicht worden war. Der organisatorische Aufwand sowie die Kosten fÃr die Anfertigung und FÃhrung einer Zweitakte konnten vorliegend jedenfalls angesichts der Verfahrensdauer keine durchgreifenden HinderungsgrÃnde mehr darstellen (vgl BVerfG Beschluss vom 30.7.2009 Â [1Â BvR 2662/06](#)Â â juris RdNrÂ 30; OLG Hamm Urteil vom 21.10.2022 Â [IÂ 11Â EK 6/21](#)Â juris RdNrÂ 164).

38

Lediglich die an das Entschädigungsgericht gerichtete Erinnerung des Ausgangsgerichts vom 3.12.2020 an die Rücksendung der Verfahrensakten stellt eine gerichtliche Aktivität im Bemühen um eine Förderung des Ausgangsverfahrens dar. Deshalb ist der Monat Dezember 2020 dem Ausgangsgericht nicht als Verzögerungsmonat anzulasten.

39

dd) Zu den danach 21 Kalendermonaten der Inaktivität des Ausgangsgerichts im Erinnerungsverfahren hat das Entschädigungsgericht in revisionsrechtlich nicht zu beanstandender Weise im Gegenvorstellungsverfahren zwei weitere Monate gerichtlicher Inaktivität (August und September 2021) festgestellt.

40

Danach ist es im Ausgangsverfahren zu Verzögerungen im Umfang von insgesamt 23 Kalendermonaten gekommen.

41

e) Dies bedeutet indes nicht, dass in entsprechendem Umfang von einer unangemessenen Verfahrensdauer auszugehen ist. Denn erst die wertende Gesamtbetrachtung und Abwägung aller Einzelfallumstände ergibt im dritten Schritt der Angemessenheitsprüfung, ob die Verfahrensdauer die äußerste Grenze des Angemessenen deutlich überschritten und deshalb das Recht der Klägerin auf Rechtsschutz in angemessener Zeit verletzt hat. Hiernach stehen den 23 Kalendermonaten der Inaktivität eine Vorbereitungs- und Bedenkzeit des Ausgangsgerichts von insgesamt zwölf Monaten und nicht – wie das Entschädigungsgericht meint – von 18 Monaten gegenüber. Im vorliegenden Fall verbleibt deshalb eine entschädigungspflichtige Überlänge des Ausgangsverfahrens von elf Monaten.

42

Nach ständiger Rechtsprechung des BSG ist dem Ausgangsgericht regelhaft eine Vorbereitungs- und Bedenkzeit von zwölf Monaten je Instanz zuzubilligen, die sich genommen noch nicht zu einer unangemessenen Verfahrensdauer fñhrt, selbst wenn sie nicht durch konkrete Verfahrensfñrderungsschritte begrñdet und gerechtfertigt werden kann (zB BSG Urteil vom 24.3.2022 – BÄ 10Ä ÄG 4/21Ä RÄ [BSGEÄ 134, 32](#) =Ä SozR 41720 Ä§Ä 198 NrÄ 21, RdNrÄ 21 mwN). Auf Grundlage einer wertenden Gesamtbetrachtung aller Einzelfallumstände, vor allem mit Blick auf die Kriterien des [Ä§Ä 198 AbsÄ 1 SatzÄ 2 GVG](#), kann es aber geboten sein, von diesem Orientierungs- oder Regelwert abzuweichen und eine kürzere, gar keine oder eine längere Vorbereitungs- und Bedenkzeit anzusetzen (zB BSG Urteil vom 12.2.2015 – BÄ 10Ä ÄG 7/14Ä RÄ SozR 41720 Ä§Ä 198 NrÄ 10 RdNrÄ 38; BSG Urteil vom 3.9.2014 – BÄ 10Ä ÄG 12/13Ä RÄ SozR 41720 Ä§Ä 198 NrÄ 4 RdNrÄ 56). Dabei ist eine nicht ausgeschñpfte, jedoch grundsätzlich angemessene Vorbereitungs- und Bedenkzeit bei der Ermittlung der unangemessenen Dauer eines Gerichtsverfahrens instanz- oder – wie hier – verfahrensübergreifend in Abzug zu bringen (vgl BSG Urteil vom 24.3.2022 – BÄ 10Ä ÄG 4/21Ä RÄ [BSGE 134, 32](#) =Ä SozR 41720 Ä§Ä 198 NrÄ 21, RdNrÄ 23).

43

Von diesen Maßstäben ausgehend beträgt vorliegend die Vorbereitungs- und Bedenkzeit des Ausgangsgerichts für das Kostenfestsetzungsverfahren drei Monate (dazu unter aa), für das Erinnerungsverfahren sechs Monate (dazu unter bb) und für das Gegenvorstellungsverfahren drei Monate (dazu unter cc). Es verbleibt damit eine entschädigungspflichtige Überlänge von elf Monaten (dazu unter dd).

44

aa) Zu Recht hat das Entschädigungsgericht für das Kostenfestsetzungsverfahren nach [§ 197 Abs 1 SGG](#) (nur) drei Monate Vorbereitungs- und Bedenkzeit angenommen (ebenso LSG BerlinBrandenburg Urteile vom 24.8.2023 [L 37 SF 255/21](#) EKAS juris RdNr 43 und vom 17.3.2023 [L 37 SF 233/21](#) EKAS PKH juris RdNr 68, 71; LSG Baden-Württemberg Urteil vom 16.3.2022 [L 2 SF 2522/21](#) EKAL juris RdNr 41). Eines Rückgriffs auf die dreimonatige Untätigkeitsklagefrist des [§ 88 Abs 2 SGG](#) als Maßstab bedarf es entgegen der Ansicht des Entschädigungsgerichts hierfür allerdings nicht. Entscheidend für die Bestimmung einer angemessenen Vorbereitungs- und Bedenkzeit sind vielmehr die besonderen Umstände des Einzelfalls, vor allem mit Blick auf die Kriterien des [§ 198 Abs 1 Satz 2 GVG](#) (BSG Urteil vom 12.2.2015 [B 10 A G 7/14](#) R SozR 41720 [§ 198 Nr 10 RdNr 38](#)). Dass für ein Kostenfestsetzungsverfahren nach [§ 197 Abs 1 Satz 1 SGG](#) eine Vorbereitungs- und Bedenkzeit von regelhaft drei Monaten angemessen ist, rechtfertigt sich schon daraus, dass der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle und kein Richter des Ausgangsgerichts die Entscheidung trifft, gerichtliche Ermittlungen im Sinne einer Sachaufklärung nicht erforderlich sind und zur Berücksichtigung der geltend gemachten Kosten als Beweismaßstab die Glaubhaftmachung genügt ([§ 197 Abs 1 Satz 2 SGG](#) iVm [§ 104 Abs 2 Satz 1 ZPO](#)). Der vom BSG aus der typischen Struktur und Gestaltung sozialgerichtlicher Hauptsacheverfahren abgeleitete regelhafte Orientierungswert der zwölf-Monats-Frist lässt sich daher auf ein Kostenfestsetzungsverfahren nicht übertragen. Dies führt jedoch nicht dazu, dass für ein solches Verfahren im Regelfall gar keine angemessene Vorbereitungs- und Bedenkzeit zu berücksichtigen wäre, weil auch hier eine von der chronologischen Bearbeitungsreihenfolge abweichende Priorisierung durch das Ausgangsgericht erforderlich sein kann (vgl BVerfG [Beschwerdekammer](#) [Beschluss](#) vom 11.12.2023 [2 BvR 739/17](#) Vz 5/23 juris RdNr 72; BSG Urteil vom 24.3.2022 [B 10 A G 4/21](#) R [BSGE 134, 32](#) = SozR 4-1720 [§ 198 Nr 21, RdNr 21](#)).

45

bb) Demgegenüber ist für ein nachfolgendes Erinnerungsverfahren nach [§ 197 Abs 2 SGG](#) dem Ausgangsgericht aufgrund der vollumfänglichen Prüfung der Kostenfestsetzung durch einen Richter eine längere Vorbereitungs- und Bedenkzeit zuzubilligen. Vorbehaltlich der besonderen Umstände des Einzelfalls erscheint für solche Verfahren entgegen der Ansicht der Vorinstanz eine regelhafte Vorbereitungs- und Bedenkzeit von sechs Monaten angemessen (vgl ebenso LSG MecklenburgVorpommern Urteil vom 11.11.2015 [L 12 SF 23/14](#)

Ä EKASÄ juris RdNrÄ 19, 21; aA SÄxchsisches LSG Urteil vom 1.7.2020
âÄÄ [LÄ 11Ä SF 97/19Ä EKÄ](#) âÄÄ juris RdNrÄ 51; Schleswig-Holsteinisches LSG Urteil
vom 30.11.2018 âÄÄ [LÄ 12Ä SF 71/17Ä EKÄ](#) âÄÄ juris RdNrÄ 40: zwÄ¶lf Monate
Vorbereitungs- und Bedenkzeit). Es ist im Regelfall gerechtfertigt, dem
Ausgangsgericht fÄ¼r solche einem Hauptsacheverfahren nachfolgenden
Beschlussachen grundsÄtzlich eine kÄ¼rzere Vorbereitungs- und Bedenkzeit als
einem Hauptsacheverfahren zuzugestehen. Im Vergleich zu einem
Hauptsacheverfahren, fÄ¼r das dem Ausgangsgericht âÄÄ wie oben
ausgefÄ¼hrtÄ âÄÄ regelhaft eine Vorbereitungs- und Bedenkzeit von zwÄ¶lf
Monaten zur VerfÄ¼gung steht, ist das Erinnerungsverfahren fÄ¼r den
Ausgangsrichter im Regelfall weniger aufwÄndig und komplex. Insbesondere ist
insoweit keine mÄ¼ndliche Verhandlung vorgeschrieben. Im vorliegenden Fall ist
das EntschÄdigungsgericht nachvollziehbar von einem geringen
Schwierigkeitsgrad des Erinnerungsverfahrens ausgegangen, sodass dem
Ausgangsgericht die regelhafte Vorbereitungs- und Bedenkzeit von sechs Monaten
zugestanden werden kann.

46

cc)Ä Hingegen begegnet es fÄ¼r das Annexverfahren der Gegenvorstellung
revisionsrechtlich keinen Bedenken, dass das EntschÄdigungsgericht die
Vorbereitungs- und Bedenkzeit des Erinnerungsverfahrens um drei Monate
verlÄngert hat. Allerdings bedarf es hierfÄ¼r als MaÄstab ebenfalls keines
RÄckgriffs auf die UntÄrtigkeitsklagefrist des [ÄSÄ 88 AbsÄ 2 SGG](#). Auch fÄ¼r
solche Verfahren entsteht ein zusÄtzlicher Aufwand. So ist den Ä¼brigen
Beteiligten, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben (vgl zur
AnhÄ¶rungsRÄge ausdrÄcklich [ÄSÄ 178a AbsÄ 3 SGG](#)). Zudem ist dem
Ausgangsgericht auch hier eine Phase zuzubilligen, in der es andere
(Hauptsache-)Verfahren priorisiert bearbeiten kann. In Anbetracht des Umstands,
dass es sich bei der Gegenvorstellung nicht um ein eigenstÄndiges, fÄ¼r das
Ausgangsgericht der Sache nach unbekanntes Verfahren, sondern um einen
Rechtsbehelf handelt, mit dem der Rechtsschutzsuchende die Korrektur der
vorherigen Entscheidung im Wege der richterlichen Selbstkontrolle anstrebt (vgl
BSG Beschluss vom 21.8.2009 âÄÄ [BÄ 11Ä AL 12/09Ä CÄ](#) âÄÄ juris RdNrÄ 6) und
hierfÄ¼r weder eine erneute VollprÄfung noch gar Ermittlungen notwendig sind,
erscheint im Regelfall eine zusÄtzliche Vorbereitungs- und Bedenkzeit von drei
Monaten angemessen (vgl BFH Urteil vom 20.3.2019 Ä [XÄ K 4/18Ä BFHEÄ 263, 498](#)
Ä juris RdNrÄ 77Ä f, der es allerdings fÄ¼r das finanzgerichtliche Verfahren als
noch angemessen erachtet, wenn das Ausgangsgericht gut sechs Monate nach dem
Eingang der Gegenvorstellung MaÄnahmen ergreift, die zu einer Entscheidung
fÄ¼hren; vgl auch LSG Berlin-Brandenburg Urteil vom 6.5.2022 âÄÄ [LÄ 37Ä SF](#)
[216/20Ä EKÄ ASÄ](#) âÄÄ juris RdNrÄ 40, das fÄ¼r das AnhÄ¶rungsRÄgeverfahren
dem Ausgangsgericht eine zusÄtzliche Vorbereitungs- und Bedenkzeit von in der
Regel drei Monaten zubilligt).

47

dd)Ä Da im Rahmen der GesamtabwÄgung die Dauer der nicht ausgeschÄ¶ften
Vorbereitungs- und Bedenkzeiten fÄ¼r das Kostenfestsetzungs-, Erinnerungs- und
Gegenvorstellungsverfahren verfahrensÄbergreifend in Abzug zu bringen sind,

steht einer Vorbereitungs- und Bedenkzeit des Ausgangsgerichts von insgesamt zwölf Monaten eine Inaktivitätszeit von insgesamt 23 Monaten gegenüber. Es verbleibt somit eine entschädigungspflichtige Überlänge des Ausgangsverfahrens von elf Kalendermonaten. In diesem Umfang hat die Verfahrensdauer die erste Grenze des Angemessenen überschritten und das Recht der Klägerin auf Rechtsschutz in angemessener Zeit verletzt.

48

3. Der Senat kann jedoch nicht abschließend entscheiden, ob und falls ja in welcher Höhe der Klägerin ein Anspruch auf Geldentschädigung zusteht ([§ 198 Abs 2 Satz 3 und 4 GVG](#)) oder ob eine Wiedergutmachung auf andere Weise ausreichend ist ([§ 198 Abs 2 Satz 2](#) iVm [Abs 4 Satz 1 GVG](#)). Das Entschädigungsgericht hat von seinem Rechtsstandpunkt aus folgerichtig die hierfür notwendigen Umstände des Einzelfalls weder festgestellt noch abgewogen und gewürdigt. Dies wird es im wieder eröffneten Entschädigungsverfahren nachholen müssen.

49

Wegen der Zurückverweisung der Sache an das Entschädigungsgericht bedarf es keiner Entscheidung, ob die von der Klägerin gerügte Verletzung ihres Anspruchs auf rechtliches Gehör ([Art 103 Abs 1 GG](#), [§ 62 SGG](#)) in Gestalt einer Überraschungsentscheidung vorliegt.

50

E. Die Kostenentscheidung bleibt dem wieder eröffneten Entschädigungsverfahren vorbehalten.

51

F. Die auch im Fall der Zurückverweisung vorzunehmende Streitwertfestsetzung für das Revisionsverfahren beruht auf [§ 197a Abs 1 Satz 1 Teilsatz 1 SGG](#) iVm [§ 47 Abs 1 Satz 1](#), [§ 52 Abs 3 Satz 1](#), [§ 63 Abs 2 Satz 1 GKG](#) und ergibt sich aus der von der Klägerin geltend gemachten Entschädigungssumme von 1500 Euro. Die als Nebenforderung geltend gemachten Zinsen sind bei der Streitwertbemessung nicht zu berücksichtigen ([§ 43 Abs 1 GKG](#)).

Ä

Erstellt am: 08.08.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024